

## Wir halten Wort.

Die FDP-NRW hat bei der Bundestagswahl 2009 mit 14,9 Prozent der Stimmen ein historisches Spitzenergebnis erzielt. Der Erfolg für die Liberalen hat sich in den Koalitionsverhandlungen fortgesetzt. Der Vergleich der Kernforderungen der FDP-NRW und der Koalitionsvereinbarung zeigt: Wir halten, was wir versprechen.

	<b>Forderungen der FDP-NRW, 31.08.2009</b>	<b>Koalitionsvereinbarung, 24.10.2009</b>
<b>Bildung, Forschung, Innovation</b>	„ <b>Bildung hat für Liberale politisch und finanziell Priorität.</b> Bund, Länder, Kommunen und Wirtschaft müssen hierzu ihre Anstrengungen wesentlich erhöhen. Die FDP-NRW will noch in der nächsten Legislaturperiode das Ziel erreichen, dass Deutschland mehr als zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in Bildung und Forschung bereitstellt.“	„Wir erhöhen die Ausgaben des Bundes für Bildung und Forschung bis 2013 um insgesamt 12 Mrd. Euro. Wir werden Maßnahmen ergreifen, die es zudem Ländern, Wirtschaft und Privaten erleichtern, ihre jeweiligen Beiträge bis spätestens 2015 ebenfalls auf das 10 Prozent-Niveau anzuheben.“
	„Die bereits beschlossenen Maßnahmen <b>Exzellenzinitiative, Hochschulpakt 2020 und der Pakt für Forschung und Innovation</b> müssen unmittelbar nach der Bundestagswahl – wie in NRW bereits geschehen – in die mittelfristige Finanzplanung auch des Bundes übernommen werden.“	„Hochschulpakt, Pakt für Forschung und Innovation und Exzellenzinitiative werden fortgeführt.“
	„Die FDP-NRW setzt sich dafür ein, dass den außeruniversitären staatlichen Forschungseinrichtungen, wie etwa den Max-Planck-Instituten, den Fraunhofer-Instituten oder den Forschungszentren der Helmholtz- oder der Leibniz-Gemeinschaft, in einem echten <b>Wissenschaftsfreiheitsgesetz</b> die Verantwortung für ihre Finanz-, Personal- und Organisationsentscheidungen zu geben.“	„Die Wissenschaftsfreiheitsinitiative werden wir fortsetzen – insbesondere mit dem Ziel, Globalhaushalte einzuführen und die Möglichkeiten für Unternehmensbeteiligungen und Ausgründungen zu verbessern. Wir werden hierzu ein Wissenschaftsfreiheitsgesetz vorlegen und dieses durch notwendige untergesetzliche Maßnahmen ergänzen.“
	„Deutschland braucht ein <b>Stipendiensystem</b> auf internationalem Niveau. Ziel muss es sein, den Anteil Studierender, die ein Stipendium erhalten, in den nächsten vier Jahren von jetzt 2 auf 10 % zu erhöhen.“	„Wir wollen den Anteil der Stipendiaten mittelfristig von heute zwei auf zehn Prozent der Studierenden erhöhen. Die Stipendien sollen ausschließlich nach Begabung einkommensunabhängig vergeben werden. Hierzu werden wir gemeinsam mit den Ländern ein nationales Stipendienprogramm ins Leben rufen, mit dem wir von Universitäten und Fachhochschulen bei Wirtschaft und Privaten angeworbene Stipendien in Höhe von 300 Euro im Monat von der BAföG-Anrechnung freistellen und bis zur Hälfte öffentlich bezuschussen. Die öffentliche Finanzierung soll dabei je zur Hälfte durch den Bund und die Länder erfolgen.“
	„Insgesamt bedarf es weiterer Anerkennung durch eine deutliche <b>Aufwertung des UN-Standortes Bonn</b> durch die neue Bundesregierung.“	„Wir werden Bonn als Standort der Vereinten Nationen und von internationalen Nichtregierungsorganisationen weiter ausbauen. Den Anteil deutschen Personals bei der Europäischen Union und in internationalen Organisationen wollen wir vergrößern.“
	„Darüber hinaus setzt sich die FDP-NRW für eine <b>steuerliche Förderung von Investitionen in Forschung und Entwicklung</b> ein, wie sie international üblich ist. (...) Gerade die Innovationskraft <b>der kleinen und mittelständischen Unternehmen</b> könnte durch eine unbürokratische steuerliche Förderung erheblich gesteigert werden.“	„Wir streben eine steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung an, die zusätzliche Forschungsimpulse insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen auslöst.“

<b>Steuern und Finanzen</b>	<p>„Die <b>maßgeblich aus der FDP-NRW entwickelte Liberale Steuerreform</b> für einfache, niedrige und gerechte Steuern ist und bleibt daher vorrangiges Ziel.“</p>	<p>„Die Bürger empfinden aber nicht nur die Höhe der Steuer- und Abgabenlast als demotivierend, sondern auch die Kompliziertheit und Unklarheit des deutschen Steuerrechts. Deshalb wollen wir, dass Steuern „einfach, niedrig und gerecht“ sind. (...) Wir werden dafür sorgen, dass sich Arbeit lohnt, dass den Bürgern mehr Netto vom Bruttoeinkommen bleibt. Das Steuersystem und das Besteuerungsverfahren werden wir deutlich vereinfachen und für die Anwender freundlicher gestalten.“</p>
	<p>„Die FDP-NRW setzt sich dafür ein, dass besonders <b>Familien mit Kindern entlastet</b> werden, denn: Familienbedingte finanzielle Lasten werden im geltenden Steuerrecht nicht angemessen berücksichtigt.“</p>	<p>„Der Kinderfreibetrag wird in einem ersten Schritt zum 1.1.2010 auf 7008,- Euro und das Kindergeld um je 20,- Euro erhöht.“</p>
	<p>„Einkommenssteigerungen führen wegen des progressiven Tarifverlaufs zu einem höheren Steuersatz und damit zu einer höheren Steuerbelastung. Durch die inflationsbedingte so genannte <b>kalte Progression</b> werden höhere Leistungen der Bürger bestraft.“</p>	<p>„Das bedeutet, dass durch die erweiterte Absetzbarkeit der Krankenversicherungsbeiträge und den Einstieg in die Beseitigung der kalten Progression eine Steuerentlastung in Höhe von rund 14 Milliarden Euro jährlich zum 1.1.2010 verwirklicht wird. (...) Wir werden insbesondere die unteren und mittleren Einkommensbezieher vorrangig entlasten und gleichzeitig den Mittelstandsbauch abflachen, indem wir den Einkommensteuertarif zu einem Stufentarif umbauen.“</p>
	<p>„Die Hemmnisse der jetzigen <b>Unternehmensteuerreform</b> müssen fallen.“</p>	<p>„Um schnell und effektiv Wachstumshemmnisse zu beseitigen, werden wir unverzüglich mit einem Sofortprogramm zum 1. Januar 2010 beginnen. Die Verlust und Zinsabzugsbeschränkungen sowohl für international aufgestellte Konzerne als auch für mittelständische Unternehmen werden entschärft.“</p>
	<p>„Das im vergangenen Jahr beschlossene <b>Erbschaftsteuerrecht</b> muss grundlegend überarbeitet werden.“</p>	<p>„Wir werden die Regelungen bei der Erbschaftsteuer entbürokratisieren, familiengerechter, planungssicherer und mittelstandsfreundlicher machen.“</p>
	<p>„Die FDP-NRW fordert daher einen von 19 auf 7 % <b>ermäßigten Mehrwertsteuersatz für Gastronomie und Hotellerie</b>.“</p>	<p>„Deshalb wollen wir ab dem 1.1.2010 für Beherbergungsleistungen in Hotel- und Gastronomiegewerbe den Mehrwertsteuersatz auf 7 Prozent ermäßigen.“</p>
	<p>„Dazu gehört zum einen eine Neuordnung der zersplitterten <b>Bankenaufsicht</b> sein, die zukünftig bei der Bundesbank zusammengeführt werden muss.“</p>	<p>„Wir werden die Bankenaufsicht in Deutschland bei der Deutschen Bundesbank zusammenführen.“</p>
	<b>Arbeit und Soziales</b>	<p>„Wir wollen Hartz IV durch ein <b>Bürgergeld</b> ersetzen, das möglichst alle Transferzahlungen des Staates bündelt und für die Menschen transparent und erreichbar macht.“</p>
<p>„Wir brauchen mehr Leistungsgerechtigkeit und Fairness für diejenigen, die eine Arbeit aufnehmen und für diejenigen, die Eigenvorsorge treffen. Daher wollen wir das <b>Schonvermögen</b> auf 750 Euro pro Lebensjahr (...) erhöhen und eine Verbesserung der <b>Hinzuverdienstmöglichkeiten</b> erreichen, damit sich die Aufnahme von Arbeit wieder lohnt.“</p>		<p>„Deshalb werden wir die Hinzuverdienstregelungen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende deutlich verbessern. (...) Wir werden den Freibetrag beim Schonvermögen im SGB II, der verbindlich der Altersvorsorge dient, auf 750 Euro pro Lebensjahr wesentlich erhöhen.“</p>

<b>Gesundheit</b>	<p>„Wir wollen den weiteren Weg in Richtung Staatsmedizin und Einheitskasse verhindern. Daher soll an die Stelle des <b>Gesundheitsfonds</b> die <b>Beitragsautonomie</b> der Kassen wieder hergestellt werden. (...) Die FDP-NRW ist gegen ein staatliches zentralistisches Gesundheitswesen, das nur zur <b>Zwei-Klassen-Medizin</b> und zur <b>Mangelverwaltung</b> führt.“</p>	<p>„Die Einheitskasse und ein staatlich zentralistisches Gesundheitssystem sind der falsche Weg, um die zukünftigen Herausforderungen bürgernah zu bewältigen. (...) Die Versicherten sollen auf der Basis des bestehenden Leistungskatalogs soweit wie möglich ihren Krankenversicherungsschutz selbst gestalten können. Wir wollen einen Einstieg in ein gerechteres, transparenteres Finanzierungssystem. (...) unsere Gesundheitsversorgung (und) sichert die Therapiefreiheit. Die freie Arztwahl durch die Patienten ist dabei der Ausdruck eines freiheitlichen Gesundheitswesens (...)“</p>
<b>Energie</b>	<p>„Teil eines innovativen Konzeptes ist dabei auch die <b>Verlängerung der Laufzeiten</b> von sicheren und leistungsfähigen Kernenergieanlagen, bei gleichzeitigem <b>früherem Abschalten</b> störungsanfälliger Meiler, auch und gerade weil sich die anspruchsvollen CO2-Minderungsziele nur mit einer sicheren Kernenergie erreichen lassen. Vorher aber muss mit der deutschen Energiewirtschaft verbindlich vereinbart werden, die aus einer Laufzeitverlängerung entstehenden Gewinne zu einem erheblichen Teil in eine umfassende <b>Modernisierung der deutschen Kraftwerke</b> sowie in eine deutliche <b>Ausweitung der Energieforschung</b> zu reinvestieren.“</p>	<p>„Dazu sind wir bereit, die Laufzeiten deutscher Kernkraftwerke unter Einhaltung der strengen deutschen und internationalen Sicherheitsstandards zu verlängern. Das Neubauverbot im Atomgesetz bleibt bestehen. In einer möglichst schnell zu erzielenden Vereinbarung mit den Betreibern werden zu den Voraussetzungen einer Laufzeitverlängerung nähere Regelungen getroffen (u. a. Betriebszeiten der Kraftwerke, Sicherheitsniveau, Höhe und Zeitpunkt eines Vorteilsausgleichs, Mittelverwendung zur Erforschung vor allem von erneuerbaren Energien, insb. von Speichertechnologien).“</p>
<b>Bürgerrechte</b>	<p>„Die FDP fordert die Wiederherstellung des Bankgeheimnisses, die Abschaffung der Vorratsdatenspeicherung, insbesondere im Telekommunikationsbereich. Zudem will die FDP den sog. Großen Lauschangriff und die heimliche Online-Durchsuchung auf den Prüfstand stellen, da mit beiden Maßnahmen in unverhältnismäßiger Weise in die Privatsphäre eingegriffen wird.“</p>	<p>„Für die Entscheidung über die Anordnung der verdeckten Ermittlungsmaßnahmen nach dem Abschnitt zur Gefahrenabwehr gegen den internationalen Terrorismus im BKA-Gesetz soll künftig ein Richter am Bundesgerichtshof durch Vermittlung des Generalbundesanwalts zuständig sein. (...) Wir werden den Zugriff der Bundesbehörden auf die gespeicherten Vorratsdaten der Telekommunikationsunternehmen bis zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Verfassungsmäßigkeit der Vorratsdatenspeicherung aussetzen und bis dahin auf Zugriffe zur Abwehr einer konkreten Gefahr für Leib, Leben und Freiheit beschränken.“</p>
	<p>„Internetsperren mittels geheimer und rechtsstaatlich nicht überprüfbarer Listen lehnt die FDP als ungeeigneten und unverhältnismäßigen Eingriff in die Meinungs-, Informations- und Telekommunikationsfreiheit ab, da diese Kinderpornographie nicht wirksam bekämpfen.“</p>	<p>„Wir sind uns darüber einig, dass es notwendig ist, derartige kriminelle Angebote schnellstmöglich zu löschen statt diese zu sperren.“</p>
	<p>„Daher fordern wir bundesweite Regelungen zum <b>Arbeitnehmerdatenschutz</b>, die diesen gewährleisten, ohne die Arbeitgeber mit übertriebener Bürokratie zu belasten.“</p>	<p>„Es sollen praxisgerechte Regelungen für Bewerber und Arbeitnehmer geschaffen und gleichzeitig Arbeitgebern eine verlässliche Regelung für den Kampf gegen Korruption an die Hand gegeben werden. Hierzu werden wir den Arbeitnehmerdatenschutz in einem eigenen Kapitel im Bundesdatenschutzgesetz ausgestalten.“</p>
	<p>„Den Einsatz der Bundeswehr im Innern über bestehende Aufgaben hinaus lehnt die FDP strikt ab.“</p>	<p><i>Einsatz der Bundeswehr im Innern in den Koalitionsverhandlungen erfolgreich abgewehrt.</i></p>

<b>Infrastruktur und Verkehr</b>	<p>„Aufgrund der in den vergangenen Jahren nicht bedarfsgerechten <b>Zuweisungen von Bundesmitteln</b> für den Bundesfernstraßenbau herrscht in Nordrhein-Westfalen dringender Nachholbedarf. Vor diesem Hintergrund erwartet die FDP-NRW von der neuen Bundesregierung, dass die Mittel für den Fernstraßenbau in Nordrhein-Westfalen entsprechend der tatsächlichen verkehrlichen Belastung der Infrastruktur erhöht werden.“</p>	<p>„Der Bundesverkehrswegeplan muss an die aktuellen Bedürfnisse und Entwicklungen angepasst werden. Wir werden in dieser Legislaturperiode die Bedarfspläne in den Ausbaugesetzen überprüfen, kurzfristig alle gesetzlichen Spielräume für mehr Flexibilität nutzen und vorbereitend für den nächsten Bundesverkehrswegeplan (BVWP) eine neue Grundkonzeption erarbeiten, mit der auch ein Wasserstraßenausbaugesetz vorbereitet wird.“</p>
	<p>„Die FDP möchte Nordrhein-Westfalen zur führenden <b>Logistik-Drehscheibe</b> in Europa ausbauen. Dazu ist die Realisierung des Eisernen Rheins, der den Hafen Antwerpen auf einer weitgehend neuen, anwohnerfreundlichen Trasse an das nordrhein-westfälische Hinterland anbindet, unverzichtbar.“</p>	<p>„Wir wollen die Transeuropäischen Verkehrsnetze weiterentwickeln und die bestehenden Planungen unter besonderer Berücksichtigung der deutschen Projekte sinnvoll ergänzen. (...) Der Ausbau der Hafenhinterlandverkehre ist von allergrößter Bedeutung für die gesamte exportorientierte Wirtschaft.“</p>
	<p>„Die FDP-NRW spricht sich deshalb dafür aus, die Mauterhöhung bis 2011 auszusetzen.“</p>	<p>„Darüber hinaus werden wir ein Belastungsmoratorium schaffen, indem eine Erhöhung der Lkw-Maut in dieser Legislaturperiode ausgeschlossen wird.“</p>
	<p>„Stattdessen bedarf es jetzt der grundsätzlichen Weichenstellungen, die es Wissenschaft und Wirtschaft ermöglichen, die Potentiale der Elektromobilität ungehindert zu nutzen und voranzubringen.“</p>	<p>„Wir wollen Deutschland zu einem Leitmarkt für Elektromobilität machen und dabei bis zum Jahr 2020 eine Million Elektrofahrzeuge auf die Straßen bringen.“</p>
	<p>„Die FDP-NRW unterstützt daher den Ausbau des <b>Breitband-Internet</b>. Wir treten zudem dafür ein, dass ein fairerer Wettbewerb zwischen den Anbietern Grundlage für Investitionen und Innovationen bei Infrastrukturen und Diensten ist.“</p>	<p>„Eine flächendeckende Breitbandversorgung gehört für uns zur Daseinsvorsorge. Moderne Kommunikationsnetze schaffen verstärkten Zugang zu Informationen und damit mehr wirtschaftliches Wachstum und Lebensqualität. Für die Entwicklung von Industrienationen sind sie daher entscheidend. Wettbewerb, Regulierung und Kooperation sind die maßgeblichen Säulen für eine zügige Umsetzung der Breitbandstrategie.“</p>